

DIE WELT: 25.09.10

Bundesweite Kritik an Hamburger Sparbeschlüssen

Kulturstaatsminister und Deutscher Kulturrat mischen sich ein - Demonstration vor Behörde - Schauspielhaus-Krisengipfel mit Stuth

Von Olaf Dittmann und Jörn Lauterbach

In die Debatte um die Sparvorgaben für die Hamburger Kulturszene hat sich jetzt auch die Bundesregierung eingeschaltet. Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) wandte sich in einer Rede bei der Jahrestagung des Internationalen Museumsrates in Leipzig generell gegen die Schließung von Museen: "Das ist nie eine gute Lösung. Museen sollen Brücken zwischen Kulturen und Generationen bauen. Auch in Krisenzeiten darf Kultur nicht unter die Räder kommen." Der schwarz-grüne Hamburger Senat will das Altonaer Museum schließen.

Die Sparbeschlüsse, die auch die Streichung von 1,2 Millionen Euro in der Subventionierung des Schauspielhauses vorsehen, stoßen nicht nur bei Neumann auf Widerstand. Der Deutsche Kulturrat sprach von einem "Kultur-Harakiri" und forderte den Senat zur Kehrtwende auf. "Was in Hamburg passiert, ist nicht nur grob fahrlässig, es ist der systematische Ausverkauf von Teilen der Kultur", sagte Geschäftsführer Olaf Zimmermann. Das Aushängeschild des Altonaer Museums seien Angebote für Kinder und Jugendliche, die Schließung sei daher besonders unverständlich. Kulturangebote für eine breite Bevölkerungsschicht würden weggespart, für den Tourismus attraktive Projekte dafür begünstigt.

Und auch der Kulturstaatssekretär des Landes Berlin, André Schmitz, übte Kritik. "Gemessen am Gesamtumfang von 500 Millionen Euro sind die Kulturkürzungen kleine Beträge mit großem Schaden für die Hamburger Kulturlandschaft." Hamburg könne hier von Berlin lernen. Auch die Bundeshauptstadt habe zunächst geglaubt, die Kultur müsse - wenigstens symbolisch - an der Haushaltskonsolidierung beteiligt werden. Schmitz, Ende der 80er Jahre persönlicher Referent des Hamburger Kultursenators, betonte: "Inzwischen sind wir klüger und investieren seit Jahren wieder in die Berliner Kultur."

Auch in Hamburg geht der Protest weiter. Ein Gespräch zwischen Kultursenator Reinhard Stuth (CDU) und Vertretern des Schauspielhauses blieb am Freitag aber ergebnislos. "Wir haben dem Kultursenator die gesamte Tragweite des Kürzungsbeschlusses deutlich vor Augen geführt", sagte Jack Kurfess, der das Traditionshaus an der Kirchenallee seit dem Rücktritt des Intendanten Friedrich Schirmer in der vergangenen Woche vorübergehend leitet. "Wir sind enttäuscht, dass die

Kürzung nicht zurückgenommen worden sind. Stuth äußerte sich gestern nicht zu den Gesprächsinhalten.

Klaus Schumacher, Leiter des Jungen Schauspielhauses, fordert nun alle Hamburger zur Solidarität auf: "Eine Stadt, die Kulturhauptstadt sein will, wendet sich ab vom größten deutschen Sprechtheater. Eine Stadt, die sich als Modellregion für Kinder- und Jugendkultur bezeichnet, wendet sich ab von ihrer politischen Aufgabe, die kulturelle Armut von Kindern und Jugendlichen in Hamburg zu bekämpfen."

Vor der Kulturbehörde startete der "Kampf" bereits am Freitag. Künstler hatten sich im Internet zu einem "Flashmob" verabredet und machten ihrem Unmut lautstark mit Musikinstrumenten Luft. Und auch heute gehen Kulturfreunde auf die Straße - für den Erhalt des Altonaer Museums. Nach WELT-Informationen gibt es bereits Interessenten für das Grundstück des Altonaer Museums.

Derweil könnte sich der Etat der Kulturbehörde überraschend weiter erhöhen. Nach Auskunft eines Behördensprechers ist unklar, auf welcher Basis der Senat die "Kultursteuer" für Hotelübernachtungen berechnete. Eine Abgabe in Höhe von rund fünf Prozent auf alle Übernachtungen soll etwa zehn Millionen Euro einbringen - drei Viertel davon für die Kultur. So die Idee des Senates. De facto könnte eine wesentlich höhere Summe in die Kassen gespült werden: Nach Angaben der Hamburg Tourismus GmbH gab es im vergangenen Jahr 8,2 Millionen Übernachtungen. Und das Wirtschaftswissenschaftliche Institut für Fremdenverkehr (DWIF) errechnete einen Durchschnittspreis von 90 Euro. Die Fünf-Prozent-Abgabe würde demnach 37 Millionen Euro entsprechen.

Der Tourismusverband Hamburg glaubt indessen nicht, dass die Kultursteuer tatsächlich kommt. "Die in der Senatsklausur beschlossene Kultursteuer hat keine gesetzliche Grundlage und wird deshalb auch keinen Bestand haben", heißt es in einer Erklärung. Die Politik sollte bedenken, welchen Schaden sie dem Reiseziel Hamburg zufügt. "Wie wir aus ersten Reaktionen großer Reiseveranstalter bereits erkennen können, wird bei diesen über kurz oder lang Hamburg von der touristischen Landkarte verschwunden sein".

Seite 38: Altonaer Museum